

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Beer, Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung über die Ergebnisse des Europäischen Rates und der Gespräche in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag lehnt die Modernisierung der vorhandenen oder die Stationierung neuer atomarer oder konventioneller Kurzstreckenraketen entschieden ab.

Er spricht sich für eine weitere „Null-Lösung“ auch für die landgestützten Kurzstreckenraketen aus. Hierbei sollten die britischen und französischen Systeme einbezogen werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für den unverzüglichen Abzug der vorhandenen Kurzstreckenraketen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen.

Er fordert die Bundesregierung weiter auf, auf England und Frankreich einzuwirken, damit diese auf eine weitere Drehung der Rüstungsspirale verzichten und keinen Ausbau ihrer Nuklearpotentiale vornehmen. Die im Rahmen der WEU erforderliche Zustimmung zur Stationierung weiterer englischer oder französischer Atomwaffen auf dem Kontinent sollte die Bundesregierung verweigern.

- II. Der Deutsche Bundestag begrüßt die bevorstehende Aufnahme von Verhandlungen über die konventionellen Potentiale in Europa im Rahmen der KRK-Konferenz in Wien. Er fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß diese Verhandlungen nicht durch unsinnige Vorbedingungen des Westens belastet werden und insbesondere für die Einbeziehung auch der in Depots gelagerten konventionellen Waffen und des gesamten Gebiets der Türkei in das Mandat einzutreten. Ziel der Verhandlungen muß die kurzfristige drastische Reduzierung der Militärpotentiale mit der Perspektive einer völligen Beseitigung auch der konventionellen Streitkräfte sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiter auf, durch den einseitigen Verzicht auf besonders offensivfähige Waffensysteme und eine deutliche Kürzung der Militär-

ausgaben den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen und zu erleichtern.

Bonn, den 24. Februar 1988

Frau Beer

Dr. Mechtersheimer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion